

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr. Nr.: Volkszeitung Wiesbaden

Mittwoch

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

30
Januar

Nr. 25 — 1918

36. Jahrgang

Der Streik in Deutschland

Landesverrat

* Der Generalkrieg, der von der unabhängigen Sozialdemokratie und einer anarchistischen Gruppe inszeniert wurde, hat in den letzten Stunden an Umfang zugenommen. In Berlin sind mehrere hunderttausend jugendliche Heger beiderlei Geschlechts in den Ausstand getreten, auch in einigen anderen Industriezentren wie Hamburg und Dortmund, haben sich einige hundert oder tausend Arbeiter mehrere Tage der Ruhe gehalten. Es ist für diejenigen, welche Deutschland aus den Angeln heben wollten, wenig und doch ist das, was wir erleben, wahrlich schlimm genug. Der geplante Aufstand bricht sich vor allem an den beiden bürgerlichen Gewerkschaftsverbänden, an der christlich-nationalen Organisation und an der Christlich-Sozialen Gewerkschaft. Hiernach ist die Generalkommision der sozialdemokratischen Gewerkschaften dem Landesverrat treuen. Sie hat weder zugestimmt, noch hat sie es über sich gebracht, mit aller Entschiedenheit lauten Protest zu erheben. Auch hier gilt das Wort: Wer schweigt, stimmt zu. Es ist wahrheitsgemäß, dass unter den Führern der Genossen gar mancher mit einem heiteren Auge dem Aufstand zusah, doch offen für die Landesverrat Partei zu ergreifen, war ein gemessenes Spiel. Denn hunderttausende, ja Millionen unserer Arbeiter wissen, was von dem ungeführten Fortgang der Betriebe in der Heimat abhängt. Wenn wir unsere Soldaten an der Front wehrlos machen, dann wird der Krieg keineswegs zu Ende gehen, dann wird es erst zu dem furchtbaren Kampf und zu dem Vormaligen in das Innere Deutschlands kommen, der ja schon seit dreieinhalb Jahren von den Franzosen und Engländern so heiß erregt wurde. Ja wenn auch die französischen und die englischen Arbeiter sich verpflichtet hätten, gleichzeitig mit den deutschen und deutschen Genossen die Arbeit niederzulegen, in diesem Falle hätte die Bewegung bei uns ja einen gewissen Sinn, wenn sie auch nicht sofort genug verurteilt werden könnte. Aber wie die Dinge heute liegen, handelt es sich um einen Landesverrat, für den indessen weniger die Regel männlichen und weiblichen Geschlechts, als vielmehr die in sicheren Seckel sich befindlichen Decker verantwortlich zu machen sind. Ihrer habhaft zu werden, ist unendlich zu machen, sollte darum obede Pflicht der Behörden sein.

Was hat die halbwillkürliche Elemente zu ihrem Schritte veranlaßt? Sie verlangen in erster Linie das gleiche Wahlrecht. Dann fordern sie eine Neuordnung der Lebensmittelverteilung und den sofortigen Frieden. Zuletzt wird die Entlassung einzelner im Gefängnis sitzender politischer Verbrecher verlangt. Aus dieser Zusammenfassung ergibt sich, daß es sich um schnell aufzunehmende Forderungen handelt, denen ein tieferer Sinn nicht zu Grunde liegt. Das gleiche Wahlrecht ist verprochen, vom König festerlich zugesichert, niemand in den Reihen der Sozialdemokratie zweifelt an der Einhaltung des gegebenen Wortes. Die Schreier unterlassen es, Einzelheiten über die Neuordnung der Lebensmittelverteilung der Regierung zu unterbreiten. Sie denken man sich diese Neuordnung? Zweifellos ist nicht alles so, wie wir es wünschen, aber das Unmöglichkeit ist sicherlich getan worden. Warum werden sich die streikenden Arbeiter nicht sofort an den zuständigen Vertrauensmann, an den Genossen Dr. August Müller, der im Kriegsministerium die Stelle eines Unterstaatssekretärs bekleidet, August Müller würde sich und bindig erklären, daß mehr als bisher kann getan werden kann. Die Forderung auf Befreiung eines sofortigen Friedens ist naturgemäß völlig sinnlos, liegt es etwa an Deutschland, wenn es noch nicht zum Frieden gekommen ist? Fragen nicht einzig und allein Frankreich und England die Schuld? Will nicht auch der Trost die Verhandlungen hinauszuziehen, um die Weltrevolution herbeizuführen? Wenn die streikenden Arbeiter dürfen sich mit dieser Forderung nicht an die deutsche Regierung wenden, sie müssen vorher an die russischen Revolutionäre und an die Genossen Frankreichs und Englands appellieren. Was das Verlangen, die politischen Verbrecher in Freiheit zu setzen, betrifft, so haben wir es da mit der Absicht russischer Reserve zu tun, für die wir uns höchlich, aber entschieden bedanken müssen.

Es handelt sich bei den Vorgängen keineswegs um wirklich zureichende Beschwerden, sondern einzig und allein um den Plan, eine große Revolution herbeizuführen und die Macht einer Arbeiterpartei zu übertragen. Nicht um Krieg und Frieden dreht sich der Streik, es geht um unsere gesamte Wirtschaftsordnung. Und weil die Sozialdemokratie das erkennt, so läßt sie den Ereignissen mit einer gewissen Genugtuung ihren Lauf. Das Frankfurter sozialdemokratische Blatt gibt uns einen Bild in die wirtschaftliche Organisation der Genossen. Scheidemann hat die Sozialistischerklärung für die Österreichisch-ungarische kaiserliche Demonstration abgegeben und er hat der Regierung bedingungslos den Rat erteilt, zu gehen, ehe sie davon gesagt wird, und einbehalten soll als diese großtätigen Wörter in die falsche Interpretation der Generalkommision der Gewerkschaften. Ganz allein den braven Christlich-Sozialen bleibt die Befriedigungsfor-

mel gegen Streikgefahr überlassen, die freien Gewerkschaften tun dabei nicht mit. Wir Zentrum und Fortschrittler stehen zur Regierung. Aus diesen Worten ergibt sich klar, wohin die Politik der Sozialdemokratie zielt: „Naturkraft regiert die Stunde. Scheitert das Werk von Reich-Litowsky, dann wird kein Spruch den Blick bannen, kein Börsen das Gewitter vertreiben. Es wird ausbrechen gleichmäßig als Wichtung alldeutscher vaterländischer Gewaltspolitik, der Unentschiedenheit der Regierung und der Schwachheit der Reichstagsmehrheit.“ Und zum Schluss schreibt das rote Blatt: „Die Reichsregierung hat alles auf den Erfolg von Reich-Litowsky gestellt. Die Dinge werden ihren Lauf nehmen. Schlägt die Vernehmung der deutschen Diplomaten fehl, dann wird das Volk seine Rechnung aufmachen. Das Volk wird ein harter, kläuber sein.“ Bei einer solchen Ausdrucksweise ist kein Zweifel mehr möglich. Ja die Dinge nehmen ihren Lauf, nachdem die falsche Bahn einmal betreten ist. Die bürgerlichen Parteien der sogenannten Reichsparteien werden wohl am meisten erkaunt sein über die Gesellschaft, in die sie geraten sind. Allein zufrieden mit der Entwicklung kann Herr Trost sein, dessen Politik Erfolg gehabt hat. Er rechnete auf Österreich, er rechnete auf Deutschland. Die deutsche Sozialdemokratie erwartet, wie man dem Frankfurter Blatte entnehmen kann, von dem russischen Diktator, daß er die Friedensverhandlungen in Reich-Litowsky zum Scheitern bringt, weil dann das deutsche Volk seine Rechnung aufmacht und ein harter Kläuber sein wird. Herr Trost wird wahrscheinlich dem Wunsch der deutschen Gewerkschaften Folge leisten. So bedeutet dann das, was wir in den letzten zwei Wochen erleben mußten, nichts anderes als die Verlängerung des Krieges. Die Russen wissen, daß sie noch einige Zeit zu warten haben, während die französischen, britischen und amerikanischen Granatenbrecher umso eifriger an der Arbeit sind, möglichst viele deutsche Soldaten zu töten.“

Die augenblickliche Lage

Berlin, 29. Jan. Die Berliner Blätter melden übereinstimmend, daß der Groß-Berliner Streik erheblich an Ausdehnung gewonnen habe. So schätzte das „V. L.“ — wahrscheinlich recht übertrieben — die Zahl der zurzeit im Ausstand befindlichen Arbeiter auf 400.000. Der aus 500 Arbeitern bestehende Arbeitererrat der Streikenden hat einen Aktionsausschuß von zehn Arbeitern und einer Arbeiterin, sowie den sechs sozialdemokratischen Abgeordneten Daake, Leber, Dittmann, Scheidemann, Gert und Braun gewählt. Dieser Aktionsausschuß hat beschlossen, beim Staatssekretär des Innern Wallraf energisch gegen das Versammlungsverbot vorzugehen und dem Staatssekretär durch eine Deputation von fünf Arbeitern und vier Abgeordnete die Wünsche der Ausständigen vorzulegen. Auf telephonischen Anruf hat indes der Staatssekretär abgelehnt, die Deputation zu empfangen, da er mit Arbeitern nicht verhandeln könne, wohl aber sei er bereit, mit den Abgeordneten in Verhandlungen zu treten. Scheidemann, Daake und zwei Arbeiter begaben sich darauf zum Staatssekretär Wallraf, um ihm mitzuteilen, daß der Aktionsausschuß einstimmig beschloßen habe, nur unter Zugabe von Arbeitern zu verhandeln. Wie der „V. L.“ noch meldet, haben im Laufe des Vormittags wichtige Besprechungen zwischen dem Staatssekretär des Innern Wallraf und dem vormaligen Kriegsminister v. Stein stattgefunden. Die Verhandlungen der nichtstreikenden Arbeiter geben sich, nach dem „V. L.“, alle Mühe, ihre im Ausstand befindlichen Kollegen zu beruhigen. Das Kartell der deutschen Gewerkschaften (die sog. „Gelben“) hat in 35.000 Exemplaren ein Flugblatt verteilt, in dem auf die Schädigung der Arbeiter durch einen schlechten Frieden hingewiesen wird. Das Flugblatt schließt mit dem Anruf: „Wir wollen keinen Hungerfrieden, darum nieder mit dem Waffenstreik, es geht um das Döckle, was wir haben, um unsere Zukunft. Was auch immer kommen möge, bleibt an der Arbeit!“

Wallraf lehnt ab

Berlin, 29. Jan. Der Staatssekretär des Innern, Wallraf, wurde heute von Vertretern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen um eine Unterbrechung ersucht, an der auch Abgeordnete von streikenden Arbeitern teilnehmen sollten. Der Staatssekretär erklärte, daß er bereit sei, die sozialdemokratischen Abgeordneten zu empfangen, mit den nicht der Volkvertretung angehörenden Arbeitern könne er sich indes über Fragen der allgemeinen Politik nicht unterhalten, da Besprechungen dieser Art vor das Forum des Reichstags gehörten. Die geplante Unterbrechung ist daraufhin unterblieben.

Eine halbamtliche Warnung

B. L. Berlin, 29. Jan. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In Berlin und an einzelnen Stellen im Reich kündigt sich der jetzigen Augenblick zu dem Verlust, durch Niederlegung der Arbeit an die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuss stellte Forderungen auf, die sich u. a. auch mit innerpolitischen Fragen befähigten. Soweit sich dann ein Zweifel an der Unschlüssigkeit ausdrückt, die von ihr zugelegten Re-

formen im Innern durchziehen, gehen sie von einer falschen Voraussetzung aus. Was die gleichfalls in den Forderungen benannten Friedensverhandlungen in Reich-Litowsky betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenstande keinen Nutzen, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verzögern sie deren Verlauf, indem sie anderen Fronten in ihren Ansprüchen gegen unsere Unterhändler begünstigen. Die Regierung, die in Reich-Litowsky verhandelt, um zu einem Frieden zu gelangen, der die deutschen Lebensinteressen fördert, dabei aber das traumatische Verhältnis zu unseren bisherigen Feinden möglich macht, wird sich durch derartige Kundgebungen von dem als richtig erkannten Weg nicht abbringen lassen. Sie muß vielmehr erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Überlegung von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jedes heilige Recht das Vaterland ist. Noch stehen wir in einem schweren Kampf, der, der in der Heimat die Arbeit vernachlässigt oder gar niederlegt, verhängt sich an unsere Fronten im Feld, die mit ihrem Blut um den höchsten Aufbruch und Gefahren den Feind abwehren, der es an die Niederwerfung Deutschlands, die Vernichtung seiner wirtschaftlichen Stellung und damit auch die Zerstörung des deutschen Volkes, also auch der deutschen Arbeiterkraft, abgesehen hat. Das Pflichtbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrzahl dem Vaterland beweißen, wird das Seine dazu beitragen, um die Streikbewegung baldig zu Ende zu bringen.

Der deutsche Bericht

Großes Hauptquartier, 29. Januar (B. L. D. Anstalt.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
An verschiedenen Stellen der Front Artillerie-tätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz
In der Champagne entwickelten sich lebhaft die Kämpfe. Bei der Stellung der Straße St. Hilaire bis St. Souplet scheiterten am Morgen kleinere französische Angriffsunternehmungen. Unsere Stellungen zwischen dem Somme und Aisne nach Südosten führenden Stücken lagen am frühen Nachmittag unter heftigsten feindlichen Feuer. Unter seinem Schuss fiel ein französischer Infanterie mit Mörsern versehen zu starken Einbrüchen gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurde sie zum Teil vor unseren Grabenlinien, zum Teil in den Kampf zurückgeworfen. Einige Gefangene fielen in unserer Hand. Mehrere Gefangene wurden erbeutet.

Heeresgruppe Fritzsche
Auf der Hochfläche der Sieben Gemein-den ist von neuem heftiger Kampf ausgebrochen. Die Italiener griffen gestern in den Abhängen südlich von Alago bis zur Brenna mit harten Kräften an. Am Monte Eremo und westlich davon ihr Angriff vor den österreichisch-ungarischen Stellungen weicht schon im Feuer zusammen; der Monte di Val Bella, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenstoß wieder entrissen. Ebenso waren unsere Verbände den in dem Gebiet des Col del Rosso sowie zwischen der Brenna-Schlucht und der Brenna anrückenden Feind nach schweren Kämpfen zurückgeworfen. Wiederholte Verluste des Feindes, drückliche Einbrüche durch Einschleichen seiner Kräfte zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. Mehrere Offiziere und 350 Mann wurden gefangen. Einem unserer Bombengeschwader war in der Nacht vom 28. zum 29. Januar mit unter Wirkung 1.000 Kilogramm Bomben an Colliere, Trevis und Alago. Große Brände waren verheerend.

Son den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht

Wien, 29. Januar (B. L. D. Anstalt) wird verlautbart:

Auf der Hochfläche von Alago ging der Italiener gestern nach dreitägiger Artillerievorbereitung zum Infanterieangriff über, der in schweren Kämpfen am Col del Rosso und den Monte di Val Bella führte. Dank der tapferen Abwehr der kaiserlichen Verteidiger blieben beide Höhen nach wechselvollem Ringen mit dem an Zahl fast überlegenen Gegner in unseren Besitz. Drückliche Einbrüche versuchte der Feind nicht zu erweitern. Im Bereiche der Hochfläche brachen die italienischen Angriffe bereits in ansehnlichem Ausmaß zusammen. Bisher wurden 10 Offiziere und 350 Mann gefangen eingebracht.

Die Erfolge zur See

Seit 20.000 Tonnen

Berlin, 29. Jan. (B. L. D. Anstalt.) Neue Bootserfolge in mittleren und südlichen Mittelmeer: acht Dampfer und drei Segler mit rund 20.000-Prüfungsregistern. Die Bootszahl der Dampfer war tief beladen und bestand sich teils in stark gefährdeten Geleitzügen, teils einzeln mit Unterleutnantsbesatzung und Maschinistenbesatzung fahrend, auf dem Wege nach Italien bzw.

dem Orient. Unter den versenkten Schiffen konnte der englische Dampfer „Machales“ (1911) mit Kohlen nach Port Said, ferner ein großer Lastdampfer und ein Dampfer von 4000 Tonnen, der nach der belagerten Expositen zu urteilen, Munition geladen hatte, festgestellt werden.

An den Erfolgen war insbesondere der L. v. L. Vinschiffstentant Madeczel beteiligt.

Die russische Revolution

Eine Erklärung Trotski

Stockholm, 29. Jan. (B. L. D.) Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat Trotski auf dem dritten allrussischen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte am Schluß einer längeren Rede folgendes erklärt: „Die russische Delegation wird ihre Forderungen nicht preisgeben. Sie wird keinen Separatfrieden schließen. Die Bewegung greift auf Polen und Ungarn über. Die Macht der imperialistischen und bürgerlichen Regierungen ist unterminiert. Das europäische Proletariat wird uns unterstützen. Wir kämpfen für eine gemeinsame Sache und wir werden siegen.“

Wenn es dem deutschen Gerechtigkeitsinn und der deutschen Friedensliebe entspricht, hat die Reich-Litowsky Verhandlungen nicht brüsk abzubringen und es noch einmal mit gutem Willen gleich zu versuchen, so haben wir jedenfalls nichts mehr nach allem, was wir von dem maximalistischen Treiben erfahren haben, vor einem völlig veränderten Lagebild. Unter allen Umständen ist es Pflicht der deutschen Unterhändler, dem Sprecher der Bolschewiki mit aller Schärfe entgegenzutreten und ihren tödlichen Blasen die reale Tatsache der deutschen Vormachtsstellung im Osten Europas aufs unabweisbarste entgegenzuhalten. Anders mag es um die Aussprache mit den Ukrainern stehen, soweit sie sich dem bolschewistischen Einfluß entziehen. Trotski mag jetzt einbald Farbe bekennen, ob er den Frieden ehrlich will oder ob es ihm nur um Verbesserung zwischen Deutschland und Russland in Deutschland geht. Das deutsche Volk verachtet es nicht länger, daß in Reich-Litowsky auch nur ein einziger Tag noch mit klammernden Händen hinüberbracht wird. Zur Erinnerung des Krieges ist Russland nicht mehr fähig. Unser jetziger Standpunkt der Neutralität ermöglicht es, andere Mächte als bisher. Es erregt uns, die Rechtsfrage zu stellen, ob noch besonders Vornahme in den fortwährenden Verfassungen vorliegt, ihre revolutionäre Motivation auf die verworrenen Gebiete, die Kräfte und das Innere der Zentralmächte auszubehnen.

Bolschewistische Umtriebe in Finnland

Stockholm, 29. Jan. „Aftonbladet“ erhält aus Haparanda die Nachricht, daß der Senat in Helsinki sich durch revolutionäre Bande gestürzt wurde. Der schwedische Gesandte Ahlstrom, dem es noch im letzten Augenblick gelang, mit einem Sonderzug nach Stockholm zu fliehen, wird auf seinem Weg nach Schweden in Haparanda erwartet. Angeblich befindet sich auch der Landeshauptmann des Reichs Wase auf dem Wege nach Schweden, vermutlich um die Hilfe der schwedischen Regierung zu erbitten. Bei der kaiserlichen finnischen Kolonie eingegangene Telegrammberichte bestätigen, daß in Helsinki der Landtag von der roten Garde ausgesetzt wurde. Einbruch in die Verfassung. Der schwedische Gesandte befindet sich unter den Kanonen der Offizierskaserne. Die Lage in den übrigen Teilen des Landes ist dagegen für die Anhänger der Regierung keineswegs hoffnungslos. So gelang es der Bürgergarde, alle Brücken zwischen Helsingfors und den finnischen Provinzen zu sprengen. Angeblich erbeutete die Bürgergarde bei Kämpfen in der Nähe Wiborg eine große Anzahl Geschütze und Maschinengewehre. Nordfinland und die östlichen Provinsteile befinden sich in den Händen der Bürgergarde. In mehreren Städten Nordfinlands einschließlich des Kriegshafen Wasa, wurde die gesamte russische Garnison gefangen genommen. Die Bevölkerung der Bürgergarde und der Landbevölkerung macht Fortschritte. In Schweden ist die Empörung über die Vorbrückung der Bolschewiki-Regierung gegenüber Finnland, dessen Unabhängigkeit dieselbe Regierung vor zwei Wochen anerkannte, allmählich. Allerdings scheint man in hies. finnischen Kreisen Hilfe für Finnland weniger von der schwedischen Regierung zu erwarten, als von Deutschland.

Gegen die Ukraine

Berlin, 29. Jan. Der „Berl. Volksbeobachter“ meldet aus dem Haag: Aus London wird berichtet: Nach heute eingetroffenen Nachrichten geben die Bolschewiki zum Kampf mit den Ukrainern über, nachdem sie vorher ihre Unabhängigkeit anerkannt haben. Auch zwischen den Russen und den Bolschewiki ist der Kampf entbrannt.

Die Verhandlungen in Reich-Litowsky

Reich-Litowsky, 29. Jan. (B. L. D.) Im Laufe des gestrigen Tages sind in Reich-Litowsky eingetroffen am Nachmittag: Der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren Czernin mit den übrigen Mitgliedern der österreichisch-ungarischen Delegation, abends: Staatssekretär v. Rathmann, der bayerische Staatsminister und ehemalige Ministerpräsident Graf Pöckel mit Begleitung, ferner Professor Tassat Tasla,



